



## **Auszug aus dem Plenarprotokoll Deutscher Bundestag**

### **Bundestagsrede von Elke Ferner (SPD) am 24. Februar 2010 anl. der Aktuellen Stunde zu den Hartz-IV-Äußerungen von G. Westerwelle**

#### **Elke Ferner (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Herr Straubinger, wenn man Sie so hört, dann könnte man wirklich meinen, die tollen Tage würden fortgesetzt. Allerdings wäre das wirklich eine Beleidigung für jeden Karnevalisten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Das, was Sie hier machen, ist genauso purer und blanker Populismus wie das, was der FDP-Vorsitzende und Bundesaußenminister gemacht hat. Das ist allerdings kein Wunder; denn Herr Westerwelle hat hier von einer „geistig-politischen Wende“ gesprochen. Wir hatten schon einmal so etwas Ähnliches: Damals hieß es „geistig-moralische Wende“. Am Ende der Regierungszeit von Bundeskanzler Helmut Kohl hatten wir eine Bimbesrepublik mit schwarzen Koffern, mit Vermächtnissen usw.

(Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Schröder ist der Bimbeskanzler!)

Wir sind zu Beginn dieser Regierung, der erneuten Auflage von Schwarz-Gelb, genau da, wo es 1998 aufgehört hat. Das heißt jetzt eben nur „geistig-politische Wende“. Das, was Sie tun, ist nichts anderes als schwarz-gelbe Klientelpolitik.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man erkennt das auch daran, dass sich die Großspenden von Hotelketten und Pharmaindustrie sofort ausgezahlt haben: Die Mehrwertsteuer auf Hotelübernachtungen wurde gesenkt. Sicherlich hat es überhaupt nichts damit zu tun, dass Herr Westerwelle auch noch für im Schnitt 7 000 Euro Vorträge hält.

(Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Für Sie zahlt keiner 10 Euro!)

Auch wenn das in Zeiten war, als er noch Vorsitzender einer Oppositionsfraktion war, muss man sich fragen: Welche Geisteshaltung steckt dahinter, wenn man von der Tochtergesellschaft einer Bank, die für deutsche Steuerzahler bzw. -nichtzahler Beihilfe zur Steuerhinterziehung leistet, Geld annimmt und für sie Vorträge hält?



(Joachim Poß (SPD): Und womöglich noch zur Steuerhinterziehung ermutigt!)

Das ist dekadent, Herr Kolb.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heinrich L. Kolb  
(FDP): Das nehmen Sie zurück, Frau Ferner! - Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP):  
Was hat denn Herr Schröder genommen, und was nimmt er noch?)

Das Bundesverfassungsgericht hat im Hinblick auf Menschen, die am Existenzminimum leben, ein gutes, sehr mutiges Urteil gesprochen, mit dem es den Sozialstaat klar gestärkt hat. Wie kann man die Verfassungsrichter dafür schelten?

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Die Schelte galt Ihnen, und das zu Recht! Rot-Grün ist in Karlsruhe abgewatscht worden!)

Man muss stattdessen darüber diskutieren, wie das Existenzminimum gesichert werden kann. Dieser Debatte verweigern Sie sich. Herr Westerwelle hat letzte Woche gefordert, dass im Deutschen Bundestag eine große Debatte geführt wird. „Wo ist er denn?“, kann man nur fragen.

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Das nennen Sie eine große Debatte? Diese Beiträge? Das ist doch nicht die große Debatte!)

Offenbar kneift er, weil er vor dieser Debatte Angst hat. Sie werden in dieser Debatte nämlich nicht bestehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Wenn Sie bessere Leute schicken, dann führen wir die Debatte! - Gegenruf des Abg. Joachim Poß (SPD): Er ist lieber in der Nähe von Steuerkriminellen!)

Sie verweigern der Öffentlichkeit die Information darüber, was auf sie zukommt. Nach dem 9. Mai wird es in bewährter Manier weitergehen: Man verteilt um, von unten nach oben. Sie widersprechen sich auch: Ihr Generalsekretär, der den Staat als „teuren Schwächling“ bezeichnet hat, obwohl er, wie ich dem *Amtlichen Handbuch des Deutschen Bundestages* entnehme, bisher fast ausschließlich vom Staat alimentiert worden ist,

(Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Was erzählen Sie für einen Unsinn? Das gibt's doch nicht!)

sagt: Man darf die Menschen nicht dauerhaft auf Transferleistungen verweisen. Damit hat er recht; ich frage mich dann nur, warum Sie durch die Einführung einer Kopfpauschale in der Krankenversicherung eine wachsende Zahl von Menschen von Sozialtransfers abhängig machen wollen. Was Sie da machen, ist absurd, und es hilft nicht weiter.



(Lars Lindemann (FDP): Gilt das auch für die Zusatzbeiträge, die Sie eingeführt haben?)

Ein zweiter Punkt, den ich ansprechen möchte. Von Frau Merkel ist bisher, außer dass sie zugibt, dass die Wortwahl vielleicht nicht besonders gut war, nichts zu hören. Frau Merkel sitzt wie die Prinzessin auf der Erbse und wartet darauf, dass sich alles in Wohlgefallen auflöst. Damit wird diese Koalition von Schwarz-Gelb aber nicht durchkommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In Nordrhein-Westfalen geht alles nach dem Motto: Rent a Ministerpräsident! Ich bin gespannt, was in den nächsten Wochen noch alles herauskommen wird. Das hat mit Dekadenz mit Sicherheit mehr zu tun, als wenn sich jemand mit der Frage beschäftigt, wie man denen, die unverschuldet arbeitslos sind und in der überwiegenden Mehrzahl arbeiten wollen, zu einer Arbeit verhelfen kann, die existenzsichernd ist.

Was die FDP und ihr Vorsitzender mit plumpem Populismus propagieren, bedeutet doch nichts anderes, als zu sagen: Der niedrigste Hungerlohn ist der Maßstab für das Existenzminimum. Das Bundesverfassungsgericht hat jetzt deutlich gemacht: Das Existenzminimum steht nicht zur Disposition.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Es geht um Mindesteinkommen, nicht um Mindestlöhne! - Patrick Kurth (Kyffhäuser) (FDP): Es gibt auch ein Lohnabstandsgebot!)

Umgekehrt wird ein Schuh daraus: Wir brauchen ein Lohnabstandsgebot, ein Gebot, existenzsichernde Löhne zu zahlen, damit diejenigen, die jeden Morgen aufstehen, am Monatsende so viel Geld in der Lohntüte haben, dass sie von ihrer Hände und ihres Kopfes Arbeit leben können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Die Alleinerziehenden werden Sie mit 850 Euro netto nicht aus dem Bezug von Transferleistungen befreien können!)

Eine Ausweitung von Kombilöhnen und eine Ausweitung des Niedriglohnsektors sind das Letzte, was wir brauchen. Diese Auffassung unterscheidet uns von Ihnen. Am 9. Mai werden die Menschen in Nordrhein-Westfalen auch darüber zu entscheiden haben, ob sie Sozialabbau und -kahlschlag haben wollen oder ob es in dieser Republik wieder gerecht zugehen soll.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Diese Masche haben Sie schon vor der Bundestagswahl versucht und sind damit gescheitert! Sie wird wieder nicht funktionieren!)